

Dr. Margarete Schramböck
 Bundesministerin für Digitalisierung und
 Wirtschaftsstandort

Präsident des Nationalrates
 Mag. Wolfgang Sobotka
 Parlament
 1017 Wien

buero.schramboeck@bmdw.gv.at
 Stubenring 1, 1010 Wien

Geschäftszahl: 2020-0.297.331

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)1955/J-NR/2020

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 1955/J betreffend
 "Rechtsakte im Zusammenhang mit dem "Corona-Wahnsinn"", welche die Abgeordneten
 Herbert Kickl, Kolleginnen und Kollegen am 12. Mai 2020 an mich richteten, stelle ich fest:

Antwort zu den Punkten 1 bis 12 der Anfrage:

1. *Welche Verordnungen oder Erlässe haben Sie im Zusammenhang mit der COVID-19-Krise erlassen? (Auflistung nach Datum der Erstellung, Rechtskraftdatum, Datum der Auskraftsetzung, GZ und Betreff, sowie - falls öffentlich abrufbar - den Verweis auf den Tex bzw. - falls nicht abrufbar - den Text als Anlage)*
2. *Ist Ihnen Kritik an möglicherweise verfassungs- und grundrechtswidrigen Verordnungen und Erlässen unter Ihrer Verantwortung bekannt?*
 - a. *Wenn ja, welche?*
 - b. *Wenn ja, bezüglich welchem Rechtsakt?*
 - c. *Wenn ja, wann ist Ihnen diese bekannt geworden?*
 - d. *Wenn nein, warum nicht?*
3. *Gibt es in Ihrem Ressort ein Protokoll, wie mit dieser Kritik umgegangen werden soll?*
 - a. *Wenn ja, welche Schritte sieht dieses vor?*
 - b. *Wenn ja, werden Sie von etwaiger Kritik direkt informiert?*
 - c. *Wenn nein, warum nicht?*
4. *Welche der von Ihnen im Zusammenhang mit der COVID-19-Krise erlassenen Verordnungen oder Erlässe sind vermutlich rechtswidrig? (Bitte je Rechtsakt angeben)*
5. *Gegen welche Grund- und Verfassungsrechte verstoßen die von Ihnen erlassenen Rechtsakte? (Bitte je Rechtsakt angeben)*

6. *Zu welchem Zeitpunkt wurde Ihnen die Rechtswidrigkeit der von Ihnen im Zusammenhang mit der COVID-19-Krise erlassenen Verordnungen und Gesetze bekannt? (Bitte je Rechtsakt angeben)*
7. *Ist eine Behebung der rechtswidrigen Rechtsakte geplant? (Bitte je nach Rechtsakt angeben)*
 - a. *Wenn ja, wann und in welcher Form?*
8. *Welche Experten waren in die Erstellung der Verordnungen und Erlässe eingebunden? (aufgelistet nach den einzelnen Rechtsakten)*
9. *Inwiefern war Ihr Koalitionspartner in die Erstellung der Verordnungen und Erlässe eingebunden? (aufgelistet nach den einzelnen Rechtsakten)*
10. *Welche externen Kosten (zB Beratungsleitungen) sind bei der Erstellung der Verordnungen und Erlässe angefallen? (aufgelistet nach den einzelnen Rechtsakten)*
11. *Bei welchen Verordnungen und Erlässen wurde der Verfassungsdienst konsultiert? (aufgelistet nach den einzelnen Rechtsakten)*
12. *Wie lautete jeweils die Stellungnahme des Verfassungsdienstes?*

Ich habe keine Verordnungen oder Erlässe im Zusammenhang mit der COVID-19-Krise erlassen.

Antwort zu Punkt 13 der Anfrage:

13. *Welche sonstigen Rechtsakte oder ähnliches (zB Rundbriefe, Informationsschreiben, Dienstanweisungen etc.) haben Sie im Zusammenhang mit der COVID-19 Krise erstellt? (Auflistung nach Datum und Betreff, sowie - falls öffentlich abrufbar - den Verweis auf den Text [sic] bzw. - falls nicht abrufbar - den Text als Anlage)*

Das erste diesbezügliche Rundschreiben wurde von mir selbst erlassen; es ist in der Beilage enthalten.

Antwort zu Punkt 14 der Anfrage:

14. *Welche Gesetze die im Zusammenhang mit der COVID-19-Krise beschlossen wurden, müssen Sie vollziehen? (Auflistung nach Datum Veröffentlichung, Betreff und Verweis auf das jeweilige Bundesgesetzblatt)*

Mit Stichtag der Anfrage hat das Parlament folgende einschlägigen Gesetze beschlossen, in denen eine Vollzugszuständigkeit meines Ressorts vorgesehen hat:

- COVID-19 Gesetz, BGBl. I Nr. 12/2020 vom 15.3.2020 - Änderungen des Budgetprovisatoriums und des Finanzrahmengesetzes
- Änderung des Wirtschaftskammergesetzes 1998, BGBl. I Nr. 15/2020 vom 15.3.2020
- 2. COVID-19 Gesetz, BGBl. I Nr. 16/2020 vom 21.3.2020 - dienstrechtliche Vorschriften, §§ 1, 2 und 3 Abs. 2. des Bundesgesetzes über die Errichtung eines Härtefallfonds (Härtefallfondsgesetz) und Änderung des KMU-Förderungsgesetzes (KMU-FG) hinsichtlich der Kompetenzverteilung zwischen dem Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort und dem Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus
- Änderung des Berufsausbildungsgesetzes, BGBl. I Nr. 18/2020 vom 21.3.2020 - Inanspruchnahme von Kurzarbeit für Lehrlinge bis zum 31.8.2020
- 3. COVID-19-Gesetz, BGBl. I Nr. 23/2020 vom 4.4.2020 - dienstrechtliche Vorschriften und Änderungen des Garantiegesetzes 1977, des KMU-FG, des COVID-19 Fonds-Gesetz hinsichtlich der Erhöhung des Rahmens von € 4 Mrd. auf € 28 Mrd. und des COVID-19 Maßnahmengesetzes
- 4. COVID-19-Gesetz, BGBl. I Nr. 24/2020 vom 4.4.2020 - dienstrechtliche Vorschriften
- 5. COVID-19-Gesetz, BGBl. I Nr. 25/2020 vom 4.4.2020 - Änderung des Bundesfinanzrahmengesetzes
- 9. COVID-19-Gesetz, BGBl. I Nr. 31/2020 vom 5.5.2020 - dienstrechtliche Vorschriften
- 11. COVID-19-Gesetz, BGBl. I Nr. 32/2020 vom 5.5.2020 - Änderungen des Wirtschaftstreuhandberufsgesetzes 2017, des Bilanzbuchhaltungsgesetzes 2014 und des Ziviltechnikergesetzes 2019

Antwort zu den Punkten 15 bis 18 der Anfrage:

15. *War Ihr Ressort bei der Textierung der jeweiligen Gesetze eingebunden? (Auflistung nach Gesetz)*
16. *Hat Ihr Ressort bei jenen Gesetzen, bei denen es eingebunden war, den Verfassungsdienst konsultiert? (Auflistung nach Gesetz)*
17. *Wie lautete jeweils die Stellungnahme des Verfassungsdienstes?*
18. *Bei welchen Gesetzen, die im Zusammenhang mit der COVID-19-Krise beschlossen wurden und für deren Vollzug Ihr Ressort nicht zuständig ist, war Ihr Ressort bei der Textierung eingebunden? (Auflistung nach Gesetz)*

Die im Zuge der Coronakrise vom Parlament beschlossenen COVID-19-Gesetzespakete wurden jeweils als Initiativantrag eingebracht. Fachliche Expertise meines Ressorts ist bei der Textierung des Härtefallfondsgesetzes und dessen Änderungen sowie den Änderungen des KMU-FG eingeflossen.

Wien, am 10. Juli 2020

Dr. Margarete Schramböck

Beilage

Elektronisch gefertigt

